

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

erschienen täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Verlegt von Carl v. S. v. S. in Neuenbürg, für die Schriftleitung verantwortlich H. Sauer in Neuenbürg.

№ 186

Neuenbürg, Montag den 15. August 1921.

79. Jahrgang.

Deutschland.

Berlin, 14. Aug. Der Oberste Rat hat gestern abend dem höchsten Geschäftsträger in Paris nachstehendes, von Briand vorgelegtes Schreiben mit gestrigem Datum überliefert:

Der Oberste Rat hat die Festlegung einer Grenze zwischen Deutschland und Polen in Oberschlesien, welche ihm in dieser Hinsicht gemäß Artikel 88 des Versailler Vertrags obliegt, verlagert. Der Oberste Rat ist der Ansicht, daß die Bevölkerung Oberschlesiens die Bestimmungen zu erfüllen wissen wird, die ihn dazu geführt hat, eine überstürzte Entscheidung abzulehnen. Im übrigen wird nichts unternommen werden, damit dieser Ausschuss so früh wie möglich seine Arbeit aufnehmen kann. Der Oberste Rat schenkt der deutschen Regierung die größte Aufmerksamkeit und wird sich bemühen, die Interessen der Bevölkerung in Oberschlesien zu fördern, aber man darf nicht jede Forderung von Waffen und Munition und jeden Übertritt von Banden oder Bewaffneten streng unterbinden.

Notiz: Die Note des Obersten Rates stellt leider fest, daß die Entscheidung über Oberschlesien erneut verschoben wird. Das die Ermahnung an die deutsche Regierung anbelangt, so ist diese bekanntlich stets demütig gewesen, die Ruhe in Oberschlesien zu wahren. Lediglich durch polnische Umtriebe und Gewalttaten ist die Ruhe in Oberschlesien gestört worden.)

Wahlberechtigte Franzosen im Saargebiet.

Nach einer Mitteilung der Handelskammer Saarbrücken, die im kommenden Herbst Neuwahlen stattfinden, sind nach der vorläufigen von der Regierungskommission erlassenen Verordnung über den Begriff „Saarbewohner“ alle als Saarbewohner zu bezeichnenden Personen zur Handelskammer aktiv und passiv wahlberechtigt geworden. Saarbewohner sind nach dieser Verordnung alle seit 2 Jahren im Saargebiet anwesenden Personen und auch solche, die auf Grund eines Anstellungsvertrages nachweisen können, daß sie bei einer Behörde, Körperschaft usw. des Saargebiets seit mindestens einem Jahre beschäftigt sind. Durch diese Bestimmung werden alle französischen Staatsangehörigen, sofern sie seit dem 15. Juli 1919 im Saargebiet anwesend sind, und alle französischen und anderen ausländischen Beamten, die seit einem Jahre in einer Behörde des Saargebiets angestellt sind, zur Wahl für die deutschen Vertretungen und öffentlichen Körperschaften wie die eingetragenen Gewerkschaften gleichberechtigt zugelassen. Das war der Zweck dieser Verordnung.

Die Segnungen der Sanktionen. — Französische Weinschieber.

Durch einen Brief eines gewissen Paul Mariol-Arier, Sohn des 7. der Kaiserin der Militärlieferanten des besetzten Gebiets ist, ist die deutsche Öffentlichkeit auf Raubenschaften gekommen, die von unsauberen Elementen ausgeführt werden. Im folgenden Falle handelt es sich um große Weinschieberungen, die dieser Militärlieferant auf Grund amtlicher Bescheinigungen der hohen Kommission durchführt. Diese Bescheinigungen berechtigen diesen Mann, beliebige Mengen Wein und ähnliche Waren zu liefern, die die Grenze zu überschreiten er für den Bedarf der Besatzungstruppen braucht. Mariol müßte aber ein schlechter Mann sein, wenn er nicht bei herausgefunden hätte, daß sich mit diesen Bescheinigungen der hohen Kommission Geschäfte machen lassen. So hat er verschiedenen Weinbauern ein Angebot gemacht, daß er französische Weine in jeder beliebigen Menge liefern könne, ohne daß sie die hohen Zölle zu zahlen brauchen, denn, so führte er in seinem „Offert“ schreiben aus, die Bescheinigung sichert für alle seine Transporte freies Geleit. Es ist nicht anzunehmen, daß manche Firmen sich in ihrem Geschäftsgeist von diesem französischen Schieber verleiten lassen werden, auf diese Art französische Weine einzuführen.

Die Kriegsbekuldigtenprozesse zu Ende?

Berlin, 13. Aug. Wie wir erfahren, ist zwischen der englischen und der deutschen Regierung ein Abkommen erzielt worden, dahingehend, daß die Leipziger Kriegsbekuldigtenprozesse vorläufig keine Fortsetzung finden sollen. In diesem Jahre soll überhaupt kein Prozeß mehr vor dem Leipziger Reichsgericht zur Verhandlung kommen. In der Freitagsrede der Pariser Konferenz kam nach Lloyd Georges Abfahrt noch die Frage der Leipziger Prozesse zur Sprache. Die Angelegenheit ist wie die Frage der sogenannten Entwaffnung Deutschlands in der letzten Manier einen Ausbruch verwehrt und wiederum bilateral den Amerikanern einverleibt worden. Dieser Ausbruch besteht diesmal aus den Delegationen, die in Leipzig den Verhandlungen angeordnet haben.

Die Getreideablieferung.

Berlin, 13. Aug. Das Verständnis für die Notwendigkeit, die für das Wirtschaftsjahr 1921-22 auferlegte Getreideumlage nach besten Kräften zu erfüllen, gewinnt in der Landwirtschaft, dank des Wirklichkeitssinns eines großen Teils der Landwirte, immer mehr Verbreitung. Die Ablieferung an die Umlage

weisen daher, wie wir vom Reichsernährungsministerium hören, in vielen Gebieten bereits erhebliche Ergebnisse auf. In anderen Gebieten kommt jedoch die Ablieferung nur langsam in Gang. Es kann daher nicht genug betont werden, wie sehr es gerade im Interesse der Landwirte liegt, ihre Umlage so schnell wie möglich zu erfüllen, da sie dann für den Rest des Wirtschaftsjahres in der Verfügung über den übrigen Teil ihrer Ernte völlig frei werden. Nach dem Gesetz über die Regelung des Verkehrs mit Getreide vom 21. Juli fallen mit der Erfüllung der Umlage für den Landwirt mit Ausnahme des Verfügensvermögens von Brotgetreide alle Beschränkungen in seiner Wirtschaftsführung für Getreide fort. Es sollte daher jeder Landwirt sich nicht durch die augenblicklich hohen, für Weizen angeführten Preise auf dem freien Markt verleiten lassen, etwa zum Teil Getreide auf den Markt zu werfen und dadurch die Möglichkeit, seine Umlage zu erfüllen, zu gefährden. Die Haftung, die ihn in diesem Fall trifft, und die nach dem Gesetz unabweislich in Anspruch genommen wird, würde nicht nur alle jetzt auf dem freien Markt erzielten Gewinne verschlingen, sondern darüber hinaus einen erheblichen geldlichen Verlust bedeuten. Nach dem Gesetz hat nämlich der Landwirt, wenn er die Umlage nicht erfüllt, den Unterschied zwischen dem Umlagepreis für Weizen und dem Preis für ausländischen Weizen, zuzüglich eines Zuschlags von einem Viertel dieses Unterschieds, als Basissumme zu zahlen. Abgesehen von dem eigenen Interesse, ist es auch eine vaterländische Pflicht der Landwirtschaft, das Reich durch Ablieferung des einheimischen Getreides vor der Notwendigkeit zu bewahren, aus dem Ausland noch mehr Getreide einzuführen und hierfür noch mehr fremde Zahlungsmittel zu beschaffen.

Ausland.

Prag, 12. Aug. Das Prager Tageblatt meldet: Gekoren wurde der künftige Ministerpräsident, Abgeordneter Swohla, vom Präsidenten Masaryk in längerer Audienz empfangen. Bei dieser Gelegenheit unterbreitete der Abgeordnete Swohla dem Präsidenten die juristische Zusammenfassung des neuen Kabinetts. Abgeordneter Swohla begibt sich heute zu dreiwöchigem Aufenthalt nach Karlsbad. Der Offizielle Rücktritt der Regierung Černy erfolgt am 2. September. Swohla wird in aller nächster Zeit offiziell mit der Regierungsführung betraut werden.

Paris, 13. Aug. In der gestrigen Nachmittagsitzung der Finanzkonferenz wurde ein im Laufe des Vormittags von der Vorkonferenz eingebrachter Vorschlag betreffend die „Vereinspflicht“ der österreichischen Nachfolgestaaten vorgetragen. Die Prüfung dieser Frage wurde dem Ausschuss überwiesen, der demnächst über die Konferenz für die nächste Sitzung einen Bericht vorzulegen.

Paris, 13. Aug. Die Sitzung des Obersten Rates hat um 10.40 Uhr begonnen. Zur Teilnahme an dieser Sitzung wurden die militärischen Sachverständigen eingeladen, darunter Marschall Hoch, General Weggaard und General Allen, Oberbefehlshaber der amerikanischen Besatzungstruppen am Rhein. Außerdem wurde auch Tirard geladen. Auf der Tagesordnung steht außer anderen Fragen auch die Frage der Sanktionen.

Aufhebung der Wirtschafts-Sanktionen.

Paris, 13. Aug. Der Oberste Rat hat in seiner heutigen Nachmittagsitzung beschlossen, die wirtschaftlichen Sanktionen unter der Reserve aufzuheben, daß Deutschland am 31. August seine Verpflichtungen erfüllt, d. h. eine Milliarde Goldmark bezahlt, gemäß dem Ultimatum von London. Nach einer einflussreichen Rede von Ministerpräsident Briand ist beschlossen worden, augenblicklich die militärischen Sanktionen beizubehalten.

Die Bedingungen für die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen.

Paris, 14. Aug. Wie die Agence Havas meldet, sind die Bedingungen, unter denen der Oberste Rat beschlossen hat, die wirtschaftlichen Sanktionen vom 15. September aufzuheben, folgende: 1. Am 31. August wird die Milliarde Goldmark völlig von Deutschland bezahlt. 2. Es wird ein internationaler Organismus gebildet zur Überwachung der Ausgabe von Einzahlungsbewilligungen für Waren. Die nach dem Abkommen abgearbeiteten. 3. Es wird eine Kontrollkommission gebildet, wozu Mitglied der in Deutschland bestehenden Kontrollkommission wurde beschloffen, sie beizubehalten. Gemäß einem Vorschlag des Marschall Hoch wurde eine fortschreitende Verminderung ins Auge gefaßt. Der Sitz der Luftschiffabstimmungskommission wird von dem internationalen militärischen Ausschuss in Versailles bestimmt. — Vor Schluß der Sitzung nahm der Oberste Rat auf Antrag Briands und mit Zustimmung sämtlicher Mitglieder folgende Entschliessung an: Bei Beendigung seiner Arbeiten bestätigte der Oberste Rat abermals seinen Willen, ein Einvernehmen zwischen den Mächten aufrecht zu erhalten. Er hält dies mehr als je für unumgänglich nötig für den Frieden der Welt.

Beschleunigte Einberufung des Völkerbundsrats.

Genf, 14. Aug. Wie aus Paris verlautet, wird sich der Völkerbundsrat, der auf den 1. September einberufen ist, um die Arbeiten der am 5. September beginnenden Völkerbundsversammlung vorzubereiten, angefaßt der Dringlichkeit der obersten Frage bereits anfangs nächster Woche versammeln.

Völkerbund und Deutschlands Aufnahme.
Der Pariser Beschluß, die oberste Frage dem Völkerbund zur Entscheidung zu geben, bedeutet nach Ansicht der informierter Kreise den ersten praktischen Schritt zur Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund.

Polen wird gehört, Deutschland vielköpfig.

Paris, 13. Aug. Wie der „Matin“ mitteilt, wird Polen als Mitglied des Völkerbundes bei den Beratungen über die oberste Frage konsultativ zugelassen werden. Die Zulassung eines deutschen Delegierten wird wahrscheinlich bestimmt werden. Das Blatt sagt, es sei nicht sicher, ob der Völkerbundsrat es übernehmen wird, die Grenzlinie festzusetzen. Man erwartet aber von ihm, daß er in ethnographischer, geographischer und wirtschaftlicher Beziehung ein begründetes Gutachten abgeben werde, nachdem sich die oberste Frage der Grenzlinie von selbst ergeben würde.

Der Versöhnungsführer.

Briand hat heute alle Mitglieder des Obersten Rates, außer Lloyd George, der bereits abgereist war, zum Frühstück eingeladen. Ferner waren hinzugezogen, der französische Botschafter in Washington Jusserand und der französische Botschafter in Berlin Laurent, sowie der Generalsekretär der politischen Abteilung im Außenministerium Verbelet.

Amerikas Desinteressement.

Genf, 14. Aug. Die gestrige Pariser Darstellung von dem Verlauf der Sitzung des Obersten Rates, wie sie übrigens im wesentlichen auch Davos wiedergibt, ist nicht ganz zutreffend. Bei der Eröffnung der Sitzung des Obersten Rates um 11 Uhr hat Lloyd George und nicht Briand zunächst den Vorschlag gemacht, die ganze Frage dem Völkerbund zu unterbreiten und Briand hat, obwohl er bereits vorher mit Lloyd George einig geworden war, doch noch einen Einwurf erhoben und gefragt, ob es nicht besser wäre, die Schiedsrichterrolle den Vereinigten Staaten zu übertragen. Da aber Oberst Harboer, der amerikanische Delegierte, auseinanderlegte, daß er nicht bevollmächtigt sei, einen solchen Auftrag anzunehmen und da die Zeit fehlte, telegraphisch in Amerika Rücksprache, schloß sich Briand endlich dem Vorschlag Lloyd Georges widerwillig an.

Ablehnung der englischen Vorschläge durch Devalera?

London, 13. Aug. Wie die Blätter melden, wird die Antwort der Sinn-Feiner an die englische Regierung einer Ablehnung gleichbedeutend erachtet.

Der Berichterstatter des „Daily Chronicle“ schreibt, die Tatsache, daß am Dienstag eine Sitzung der Sinn-Feiner stattfindet, scheint anzudeuten, daß die Verhandlungen weitergeführt werden. — Die „Morningpost“ meint, es herrsche der allgemeine Eindruck, daß unter den Bedingungen in dem Ultimatum Devaleras die Bezahlung aller Entschädigungssummen für Mörder und für die Verstärkungen durch die Agenten in Irland gefordert würden. Das würde eine Entschädigung von etwa 7 Millionen Pfund Sterling ausmachen. Die Auffassung des Kabinetts bezüglich des Schreibens Devaleras sei äußerst ernst. — „Daily Chronicle“ meldet ferner, die Antwort der Sinn-Feiner werde von Lloyd George als eine Verwerfung seiner Friedensbedingungen angesehen.

Der Bericht über die britisch-irischen Verhandlungen.

London, 14. Aug. Heute ist der Text des Berichts über die Verhandlungen zwischen der britischen Regierung und Irland veröffentlicht worden. Er zeigt, daß die Regierung Irland den Status der britischen Lebersee-Dominions anbietet mit vollständiger Autonomie in der Besteuerung, den Staatsfinanzen und der Verteidigung im Innern. Das Anerbieten ist aber an eine Reihe von Bedingungen geknüpft, unter denen zu erwähnen ist, daß die britische Flotte das Meer kontrolliert und daß Irland im Verhältnis zu den Kosten des britischen Heers, der Flotte, der Kriegsschulden und Pensionen beitragen muß. — Devalera sagte in seiner Erwiderung vom 10. August, daß das Sinn-Fein-Parlament die britischen Vorschläge nicht annehmen könnte und das irische Volk sie nicht annehmen würde, da sie sich widersprüchlich an, machten diesen Grundsatze Irlands Recht auf Selbstbestimmung an, machten diesen Grundsatze aber unwirksam durch die darauffolgenden Festsetzungen, die eine unzulässige Einmischung in irische Angelegenheiten bedeuteten. Die Antwort wiederholt, daß das irische Recht, für sich selbst zu wählen, als unantastbar angenommen werden müßte. Irland sei, gleich den kleinen Staaten Europas, berechtigt, seine Unabhängigkeit auf der Grundlage seines moralischen Rechts zu wahren. — Lloyd George antwortete auf diese Erwiderung Devaleras am 13. August. Er erklärte, die britische Regierung könne ein Recht Irlands, sich vom britischen Reich zu trennen, nicht anerkennen. Auf das nördliche Irland könne kein Zwang ausgeübt werden. Die geographische Lage Irlands mache Irland zu einem unteilbaren Bestandteil des britischen Inselreichs. Lloyd George forderte Devalera von neuem auf, die Vorschläge der englischen Regierung in Erwägung zu ziehen.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 15. Aug. Auf Grund der im Juni und Juli abgehaltenen Prüfungen der Lehramtsbewerber und Lehramtsbewerberinnen sind zur unständigen Verwendung im Volksschuldienst für befristet erklärt worden: Kraft, Erich, Grafenhausen, Kappler, Theodor, Schönborg, Ruff, Wilhelm, Döbel, Sieb, Wilhelm, Bernbach, Troß, Kelly, Wieselsberg.
Reibersnack, 10. Aug. Einer unserer nächsten und

illich, liebe Maus, versil ins Haus!

wundervoll, zweiten Wäsche, und dritten und Kohlen.
SIL
Waschmittel
Färbung, niemals los.
G. e., Düsseldorf.
Wichtig!
besten gegen Feuer
Feuerlösch-Apparat
oder klein, netter sein.
G. e., Wildbaderstr. 40
Neuenbürg.
Verkauf.
ag, den 15. ds. Mts.
schöne
men
ffühe
gen, Westliche 368
ber einladet.
er, Bröbinger.
Unfall,
nem Auftreten kahler
schuppen usw. wenden
absterben an das
heilkunde,
Friedrichstraße 5.
gemäßer Behandlung
Söhnenjonne.
Wegereibetriebe!
Briketts
für Herd, Kessel, und
in Beschaffenheit u. guten
alle anderen Sorten
Industriefohlen,
auf Abbruch
u. Kohlengroßhandl.
Johannesstraße 14.
Werkstoff,
breit Mk 27.,
off,
enhebend,
nicht
4, Pforzheim.

Augenpreis
einzigartig, Zeitgen
über deren Raum 80 f
Kaufbereitschaft
durch die Verhältnisse
f. z. z.
Kellern-Teile A. L. 36
bei größeren Kaufzöge
unversch. Natur, den
Höhe des Einzahlens
Anschlag wird.
Schluß der Anzeiges
Kaufzöge tagbuch.
Fernsprecher Nr. 4.
kürz. telef. Anzeiger
viertel. Gemähl. Abv.
kommen

